

Bürgerliche bremsen Widmer-Schlumpf

Bankgeheimnis Wirtschaftskommission reagiert auf Kritik aus dem Ausland zur Amtshilfe

VON CHRISTOF FORSTER

Manchmal reichen in Bundesbern fünf Wochen – und aus einer «gefährlichen Überreaktion» entsteht eine «mehrheitsfähige Lösung».

Gross war der Aufschrei bei CVP, FDP und SVP, als Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf Mitte Februar vom Parlament Nachbesserungen bei der Amtshilfe in Fällen von Steuerhinterziehung forderte. Zu restriktiv sei die Schweizer Auslegung, meldete die OECD aus Paris. Die Schweiz würde das laufende Länderexamen nicht bestehen.

Aufgeschreckt von den Signalen aus dem Westen, begann Widmer-Schlumpf zu befürchten, die Schweiz könnte auf graue oder schwarze Listen kommen. Die bürgerlichen Parteien zeigten sich jedoch unbeeindruckt, wetterten aber umso mehr gegen die Finanzministerin: «Nacht- und Nebel-Aktion» (FDP), «Salamitaktik zur Schwächung des Finanzplatzes» (SVP).

Zwingend vors Parlament

Jetzt hat sich der Konflikt offenbar in Minne aufgelöst. War alles nur eine Überreaktion? Nein, sagt CVP-Nationalrat Pirmin Bischof. Der Bundesrat habe der OECD viel zu stark entgegenkommen wollen. «Das haben wir jetzt gestoppt.» Konkret geht es darum, wie präzise ausländische Steuerfahnder die mutmasslichen Steuersünder und die betroffenen Banken identifizieren müssen, um von der Schweiz Informationen zu erhalten. Was die Schweiz bislang gefordert hat, ist der OECD zu restriktiv: die Angabe vom Namen des Steuerpflichtigen und der Bank.

Also hat der Bundesrat beschlossen, Amtshilfe auch dann zu leisten, wenn statt des Namens des Steuerpflichtigen nur die Kontonummer bekannt ist. Weil es eine politisch heikle Frage ist, wollte Widmer-Schlumpf das Parlament mit einbe-



FDP-Nationalrat Müller: «Haben jetzt eine mehrheitsfähige Lösung.» KEY



CVP-Nationalrat Bischof: «Das haben wir jetzt gestoppt.»

ziehen. Dieser Entscheid ist nicht nur politisch klug, sondern auch rechtlich notwendig, wie Steuerexperte Robert Waldburger gestern vor der zuständigen Wirtschaftskommission des Nationalrats (WAK) erklärte. Geregelt ist die Amtshilfe in den Doppelbesteuerungsabkommen.

Widmer-Schlumpf einverstanden

Der Vorschlag des Bundesrats ging CVP und FDP zu weit. «Dies hätte dem Ausland unter Umständen Fischzüge, also die breite Suche nach Steuerändern anhand von Listen nackter Kontonummern, ermöglicht», sagt Pirmin Bischof. Auf Antrag von CVP und FDP ist auch künftig die «zweifelsfreie Identifikation» des Steuerpflichtigen notwendig, selbst ohne zwingende Angabe des Namens. Dies könnte dann beispielsweise via Sozialversicherungsnummer geschehen. Tiefer ist die Hürde beim Namen der Bank, den die Steuerfahnder neu nur noch «sofern möglich» beibringen müssen. FDP und CVP haben auch hier gestern erfolgreich Sicherungen gegen zu forsche ausländische Behörden eingebaut. Widmer-Schlumpf zeigte sich in der Kommission einverstanden mit den Änderungen.

Nur die SVP ist dagegen

«Jetzt haben wir eine mehrheitsfähige Lösung», sagt FDP-Nationalrat Philipp Müller. Auch die SP stimmte zu, obwohl sie die Amtshilfe stärker lockern wollte. Einzig die SVP stellte sich quer und wollte gar nichts ändern. Dies Haltung passt aber schlecht zum Label «Wirtschaftspartei». Denn gestern in der Kommission haben sich Vertreter von Gross- und Privatbanken sowie vom Werkplatz übereinstimmend für die kleine Reform der Amtshilfe ausgesprochen. Für SP-Nationalrat Hans-Jürg Fehr ist die Taktik offensichtlich: «Die SVP will sich mit Blick auf die Wahlen als Retterin des Bankgeheimnisses aufplustern.»

KEY